



Der Antrag ist entweder in elektronischer Form (via E-Mail oder Datenträger) oder in drei Ausfertigungen in Papierform einzureichen

**PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

**Georg-Glock-Straße 22
40474 Düsseldorf**

**Postfach 10 50 53
40041 Düsseldorf**

**Tel.: +49 (211) 981 5373
E-Mail: de_buergschaft_nrw@pwc.com**

Bürgerschaftsantrag

Ich / Wir beantrage(n) die Übernahme einer Bürgschaft des Landes Nordrhein-Westfalen nach Maßgabe der „Bürgschaftsrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen für die Wirtschaft und die freien Berufe sowie die Land- und Forstwirtschaft“ (SMBL. NW. 651) für einen von mir / uns bei der

(Kreditgeber)

aufzunehmenden Kredit in Höhe von EUR

1. *Name des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Telefon:

Regierungsbezirk:

Kreisfreie Stadt / Kreis:

2. Anzahl der Beschäftigten:

3. Zuständige berufsständische Vertretung:

4. Geschäftszweig (Gegenstand des Unternehmens):

5. *Inhaber oder Gesellschafter:

Name, Vorname und Anschrift:	geb. am:	ehelicher Güterstand:	Höhe der Beteiligung:
------------------------------	----------	--------------------------	--------------------------

6. Geschäftsleitung:

Name, Vorname:	geb. am:	Rechtsstellung im Unternehmen:	Tätigkeits- bereich:
----------------	----------	-----------------------------------	-------------------------

7. Bestätigungen

a) *Sind beim Antragsteller oder dessen Gesellschaftern/Aktionären, bzw. Unternehmen, an denen diese sonst beteiligt sind oder waren, früher Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, eidesstattliche Versicherungen, Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren oder Wechsel- oder Scheckproteste vorgekommen (ggf. wann)?

b) *Ist / sind der Antragsteller oder dessen Inhaber / Gesellschafter als Kläger oder Beklagte in schwebende Rechtsstreitigkeiten und Prozesse verwickelt oder sind solche für sie zu erwarten? Muss nach vorsichtigem Ermessen mit ihrer Inanspruchnahme gerechnet werden? Gegebenenfalls nähere Angaben:

c) *Bestehen Beitragsrückstände im Sozialbereich (ggf. Art und Höhe)?

8. *Zweck der Kreditaufnahme; Vorhaben und Begründung (Kurzfassung):

9. Anlagen gemäß Verzeichnis

Ich versichere / wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und sich aus den Anlagen ergebenden Angaben. Ich bin / wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir / von uns zu den in diesem Antrag und in den zugehörigen Anlagen mit * gekennzeichneten Punkten angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir / uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Mir / uns ist ferner bekannt, dass ich / wir verpflichtet bin / sind, alle Änderungen, insbesondere Änderungen der subventionserheblichen Tatsachen dem Kreditgeber unverzüglich anzuzeigen.

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns, dem Finanzministerium und dem zuständigen Fachministerium des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den von ihnen beauftragten Stellen alle zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Die Verpflichtung gemäß Nr. 9.2.4 der „Bürgschaftsrichtlinien“ erkenne(n) ich / wir an.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist für den Fall der Bewilligung der Landesbürgschaft ermächtigt, zwecks Erfüllung der Transparenz- und Berichtspflichten der Europäischen Kommission (siehe hierzu <https://www.wirtschaft.nrw/die-eu-beihilfenkontrolle>) die wesentlichen Daten der gewährten Beihilfe, wie den Namen des Beihilfenempfängers, die Art des Unternehmens, das Beihilfenelement, den Tag der Beihilfengewährung, etc., auf einer Beihilfe-Website wie z.B. dem Transparency Award Modul ("TAM") zu veröffentlichen oder entsprechende Daten der Europäischen Kommission auch zwecks Veröffentlichung durch diese zur Verfügung zu stellen; Abs. 10 "Vertraulichkeit" der "Bürgschaftsrichtlinie" wird insofern eingeschränkt. Eine Veröffentlichung erfolgt dabei nach aktueller Rechtslage für "De-minimis"-Beihilfen nicht.

Ort

Datum

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift)

Stellungnahme des Kreditgebers

Das unterzeichnete Institut ist bereit, den beantragten Kredit in Höhe von

EUR

zu gewähren, wenn das Land Nordrhein-Westfalen hierfür eine Ausfallbürgschaft

in Höhe von % des Ausfalls

übernimmt.

In einem gesonderten Anschreiben bzw. Beiblatt ist zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

1. Kreditbedingungen

Auszahlung in %

Zinssatz / Avalprovision p.a.

Tilgung des Kredits / Rückführung der Kreditlinie

2. Beurteilung des Antragstellers

3. Stellungnahme zum Vorhaben und zur Finanzierung sowie zur Möglichkeit der Erbringung des Kapitalsdienstes für den zu verbürgenden Kredit unter Berücksichtigung der sonstigen Verpflichtungen des Antragstellers

4. Sicherheitenvorschlag

Die angebotenen Sicherheiten sind detailliert unter Angabe sonstiger Rechte Dritter aufzuführen.

Bei der Heranziehung von Grundbesitz zur Besicherung des vom Land zu verbürgenden Kredits sind (soweit vorhanden) die Wertschätzung eines Sachverständigen bzw. Beleihungswertberechnung des Kreditgebers sowie Grundbuchauszüge beizufügen; Vorlasten in Abt. II und III sowie etwaige öffentliche Lasten sind zu erläutern und mit allen für die Wertbeurteilung erforderlichen Einzelheiten anzugeben.

5. Rating

Aktuelles Rating des Kreditgebers für den Antragsteller mit Angabe der zugrunde liegenden Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit.

%

Die Verpflichtungen gem. Nrn. 3.1 und 3.4.1 der Anlage 2 zu den „Bürgschaftsrichtlinien“ und die dort unter Nr. 6 genannte Kostenregelung werden von uns anerkannt.

Das einmalige Antragsentgelt in Höhe von 0,5 % der beantragten Landesbürgschaft¹, das sind

EUR ,

haben wir auf das Konto der PricewaterhouseCoopers GmbH, Anderkonto: Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, Düsseldorf, IBAN DE 66 3005 0000 0003 0050 14, BIC: WELADEDDE3333, überwiesen.

Die Subventionserheblichkeit der Angaben zu den mit * gekennzeichneten Punkten in diesem Antrag und in den zugehörigen Anlagen i.S. von § 264 StGB ist uns bekannt.

Die Verpflichtung gemäß Nr. 9.2.4 der „Bürgschaftsrichtlinien“ erkenne(n) ich / wir an.

Ort

Datum

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift)

¹ mindestens EUR 250,00 und höchstens EUR 25.000,00